

WOCHENRÜCKBLICK



Auch CDU/CSU auf undemokratischen Abwegen!

Die CDU/CSU möchte nach eigener Aussage der AfD den Posten des Vizepräsidenten auch in der aktuellen Legislaturperiode verwehren. Darüber hinaus plant sie die Erhöhung von Ordnungsgeldern im Deutschen Bundestag und möchte damit die Pläne der Ampel-Koalition zur Geschäftsordnungsreform offenbar weiterführen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, macht deutlich, dass die Pläne der CDU/CSU jeder Willkür Tür und Tor öffnen:

„Der Plan der Kartellparteien ist offensichtlich: Man will die AfD und damit über 10 Millionen Wähler systematisch ausgrenzen und weiterhin den wichtigen Posten des Vizepräsidenten vorenthalten. In einem weiteren Schritt will man die Abgeordneten der AfD, die dadurch keine Vertretung im Präsidium haben, mit Ordnungsgeldern belegen, sie mundtot machen und massiv in ihre Abgeordnetenrechte eingreifen. Das ist ein weiterer Schritt gegen die Meinungsfreiheit und weg von der Demokratie in Deutschland!“



„Selbstverständlich werden wir alle rechtlichen Schritte nutzen, die möglich sind und dafür auch um Unterstützer aus anderen Fraktionen werben. Es ist gut möglich, dass auch in den Kartellfraktionen Abgeordnete mit Gewissen und Charakter zu finden sind. Bei der absolut absurden Dimension der geplanten Schuldenaufnahme, die nichts anderes ist als ein Sondervermögen von rund einer Billion Euro, was für unsere und nachfolgende Generationen eine immense Belastung sein wird, steht aus unserer Sicht außer Frage, dass es sich um eine verfassungs- und demokratiefeindliche Aktion handelt. Der abgewählte Bundestag nimmt mit der geplanten Sondersitzung dem neuen Bundestag jegliche Handlungsfreiheit. Damit wird das Königsrecht des Deutschen Bundestages, das Haushaltsrecht, faktisch abgeschafft.“



AfD-Fraktion fordert Bundestagspräsidentin auf, Sondersitzungen abzusagen

Die AfD-Fraktion wird mit allen Möglichkeiten versuchen, zu verhindern, dass mit dem „alten“ Bundestag noch versucht wird, weitreichende Grundgesetzänderungen herbeizuführen. In einem ersten Schritt hat die Fraktion nun die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bärbel Bas, heute mit anwaltlichem Schreiben aufgefordert, die geplanten Sondersitzungen des 20. Deutschen Bundestages abzusagen.

Nach Ansicht der Fraktion ist bereits die Einberufung nichtig, da die in Artikel 39 Abs. 3 S. 3 Grundgesetz festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllt werden. So haben nach Angaben der Bundestagspräsidentin lediglich die Fraktionen von CDU und SPD, nicht aber wie vom Grundgesetz gefordert, ein Drittel aller Abgeordneten die Einberufung des Bundestages verlangt. Aus den Willensbekundungen der Fraktionsführungen von CDU und SPD kann die Bundestagspräsidentin aber nicht automatisch schließen, dass jeder einzelne Abgeordnete der Fraktion dieser Forderung auch tatsächlich zustimmt. Dadurch werden die Rechte der einzelnen Abgeordneten des Bundestages verletzt.

Zudem bezweifelt die AfD-Fraktion grundsätzlich, dass die Bundestagspräsidentin den 20. Deutschen Bundestag – abgesehen von Notfällen – zu weiteren außerordentlichen Sitzungen einberufen darf. Das gilt insbesondere, wenn das alte Parlament über so wesentliche Fragen wie die Änderungen des Grundgesetzes entscheiden soll. Die Bundestagspräsidentin ist nach Ansicht der AfD-Fraktion vielmehr verpflichtet, den neuen Bundestag, statt den alten einzuberufen, sobald dies möglich ist. Das dürfte spätestens Ende der kommenden Woche mit Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses der Fall sein, so dass die derzeit für den 18.03.2025 angekündigte Sitzung wegfallen muss.

Sollte die Bundestagspräsidentin der Aufforderung der AfD-Fraktion, die geplanten Sondersitzungen abzusagen, bis zum 10. März nicht nachkommen, werden die Fraktion und auch einzelne Abgeordnete das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Dazu teilt der Justiziar und Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Stephan Brandner, mit:

„Der von Merz, Klingbeil und Co. begonnene Versuch, die neuen Mehrheiten zu umgehen und mit Hilfe des alten Bundestags faktisch gegen den Wählerwillen zu putschen muss gestoppt werden. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas muss daher unverzüglich die für kommende Woche geplante Sondersitzung des alten Bundestages absagen, um Schaden von der Demokratie abzuwenden. Ganz offensichtlich erfolgt die Einberufung des alten Bundestages ausschließlich mit Blick auf die dort zu erwartenden politischen Mehrheiten. Das ignoriert den Wählerwillen, der sich bei der Bundestagswahl vor knapp zwei Wochen gezeigt hat.

Aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion steht der zeitnahen Einberufung und Konstituierung des 21. Deutschen Bundestages nichts im Wege.

Wir fordern die Bundestagspräsidentin daher auf, die Einberufung des alten Bundestages zurückzunehmen und schnellstmöglich den 21. Deutschen Bundestag einzuberufen, damit dieser über die anstehenden Fragen entscheiden kann. Im Übrigen appellieren wir an die Linken, über ihren Schatten zu springen und mit uns zusammen nach Art. 39 Abs. 3 GG die Bundestagspräsidentin aufzufordern, unverzüglich den neuen Bundestag einzuberufen.“



Aktuelle Videos



Politischer Aschermittwoch in Bayern



Politischer Aschermittwoch in Bayern



Gelöbnis in Gera



Infostand Gera



Infostände zum Frauentag im LK Greiz



Danke-Grillen in Greiz



Die nächsten Veranstaltungen

BÜRGERSTAMMTISCH

mit Stephan Brandner, MdB

Thema:
**WIE WEITER NACH
DER
BUNDESTAGSWAHL?**

28. MÄRZ • 18:00 UHR

IN ALTENBURG
AfD-Büro • Kesselgasse 25



Einladung zur Blankenburger Runde
25.03.2025, 19:00 Uhr, Alt-Blankenburg 12a

Jan Streeck

Bezirksvorsitzender

Stephan Brandner

MdB, stellv. Bundessprecher

**BERICHT AUS DEM
BUNDESTAG**

AfD
BERLIN-
PANKOW



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17
Uhr



📍 Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8,
07937 Zeulenroda-Triebes
☎ Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
✉ zeulenroda@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Mo und Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd

